

LABO **Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz**

Jahresbericht 2010

Am 1. Januar 2009 hat Nordrhein-Westfalen den Vorsitz der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO) für die Dauer von zwei Jahren übernommen. Im Berichtszeitraum 2010 wurden zwei Sitzungen des LABO-Leitungsgremiums durchgeführt. Die 37. LABO-Sitzung fand am 11. und 12. März 2010 in Gelsenkirchen und die 38. LABO-Sitzung am 8. September 2010 in Berlin statt. Zum Jahresende 2010 wechselte der LABO-Vorsitz nach Rheinland-Pfalz.

Schwerpunkte im Jahr 2010 waren die Themen „Reduzierung der Flächeninanspruchnahme“, „Klimawandel/-schutz und Bodenschutz“, „Bewertungsanforderungen zum Wirkungspfad Boden-Grundwasser“, „Natürliche Schadstoffminderung“, „Bodenbelastungen im Bereich von Hochspannungsmasten und Stahlbrücken“ sowie die „Überarbeitung des Fachmoduls Boden und Altlasten“.

Reduzierung der Flächeninanspruchnahme

Zum Thema Reduzierung der Flächeninanspruchnahme hatte das LABO-Vorsitzland im Auftrag der Umweltministerkonferenz (UMK) unter Beteiligung der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung (LANA), Vertretern der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO), der Bauministerkonferenz (ARGEBAU) und der kommunalen Spitzenverbände einen Bericht erarbeitet, der auf der Internetseite der LABO veröffentlicht ist. Der Auftrag der UMK an die LABO geht auf eine Bitte der Konferenz der Chefinnen und der Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder (CdS-Konferenz) vom Mai 2009 an die Fachministerkonferenzen zurück, zu den sie betreffenden Themen Stellung zu nehmen. Der Bericht der LABO wertet insbesondere die in den Ländern bislang vorliegenden Erfahrungen mit Aktivitäten zur Gestaltung einer nachhaltigen Flächenpolitik aus. Erkenntnisse aus Forschungsvorhaben zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme des BMBF-Forschungsverbundes „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)“ wurden einbezogen. Der Flächenverbrauch ist mit etwa 100 Hektar pro Tag in Deutschland immer noch weit vom 30-Hektar-Ziel entfernt. Daher wurden Handlungsmöglichkeiten herausgearbeitet und vielfältige Maßnahmenvorschläge entwickelt, die sich an Bund, Länder und Kommunen richten.

Die UMK hat sich auf ihrer 74. Sitzung im Juni 2010 mit diesem Bericht befasst und sieht in den aufgezeigten Maßnahmen geeignete Ansätze zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme, die einer Umsetzung zugeführt werden sollten. Die LABO ist von der 74. UMK im Juni 2010 gebeten worden, die notwendigen Maßnahmen und Aktivitäten zu begleiten und zur 77. UMK zu berichten.

Ein Schwerpunkt im Bericht der LABO wird die Praxiserprobung von Produkten sein, die im Rahmen des Förderschwerpunkts " REFINA" erarbeitet wurden. Zu den Themen „Entwicklung des Flächenverbrauchs im ländlichen Raum“, „Instrumente der Landentwicklung zur Stärkung der Innenentwicklung von Dörfern“ sowie „Flächenmanagement für Dorffinnenentwicklung“ findet zudem ein Informationsaustausch der LABO mit der ArgeLandentwicklung der Agrarministerkonferenz statt, der in gemeinsamen Empfehlungen münden soll.

Die Aktivitäten der LABO erfolgen vor dem Hintergrund der Beschlüsse der CdS-Konferenz vom November 2010 zur nachhaltigen Entwicklung. Die CdS-Konferenz hat der MKRO die Federführung bei der Erarbeitung des Positionspapiers mit konkreten Handlungsvorschlägen übertragen. Dies erfolgt unter Einbeziehung und in Abstimmung mit anderen Fachministerkonferenzen, u. a. der UMK.

Klimawandel/-schutz und Bodenschutz

Auch der Klimaschutz ist ein Schwerpunktthema der LABO, denn Böden leisten einerseits als Kohlenstoffspeicher einen bedeutenden Beitrag für den Klimaschutz und sind andererseits aber auch durch den Klimawandel (z. B. Erosion, Verdichtung) nachteilig betroffen. Um Natur und Umwelt zu bewahren, die Lebensqualität der Menschen zu erhalten und die hohen volkswirtschaftlichen Schäden des Klimawandels zu vermeiden, sind enorme Anstrengungen zum Klimaschutz erforderlich. Neben Maßnahmen im Energiebereich gehören dazu die Reduzierung von Emissionen klimaschädlicher Gase sowie die Erhaltung und Nutzung des Bodens als Kohlenstoffspeicher. Die LABO hatte auf ihrer 35. Sitzung im März 2009 beschlossen, in einem Positionspapier darzulegen, welche Eigenschaften und Funktionen der Böden unter Berücksichtigung regionaler Betroffenheiten voraussichtlich am stärksten vom Klimawandel betroffen sein werden, um auf dieser Grundlage die Handlungserfordernisse zum Bodenschutz zusammenzustellen. Das durch eine Redaktionsgruppe erarbeitete Positionspapier war Gegenstand der Beratungen auf der 37. LABO-Sitzung. Der Bericht kommt u. a. zu folgenden wesentlichen Ergebnissen:

- Auswirkungen des Klimawandels sind v. a. auf die Funktion der Böden als Standort der Land- und Forstwirtschaft zu erwarten. Die möglichen Bodenfunktionsbeeinträchtigungen stehen dabei insbesondere im Zusammenhang mit dem Risiko von abnehmenden Humusgehalten und -vorräten, einer zunehmenden potenziellen Wasser- und Winderosionsgefährdung, eines zunehmenden Risikos von Bodenschadverdichtungen sowie Veränderungen des Bodenwasserhaushaltes.
- Neben den Handlungsfeldern „Humus“ und „Erosion/Verdichtung“ wurde als weiteres wesentliches Thema die „Reduzierung der Flächeninanspruchnahme“ identifiziert. Vor diesem Hintergrund sind Anforderungen an Informationsgrundlagen und der Forschungsbedarf formuliert.
- Als besonders wichtiger Beitrag zum Boden- und auch zum Klimaschutz wurden der Erhalt, die Wiederherstellung und die nachhaltige Sicherung der Kohlenstoff-Senkenfunktion der Böden benannt.

Das Positionspapier steht im öffentlichen Bereich der LABO-Homepage zur Verfügung. Die Inhalte werden bei der weiteren Bearbeitung des „Aktionsplans Anpassung“ im Rahmen der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) berücksichtigt. Für weitere Schritte über Bodenschutzfragen hinaus war der Beschluss der 74. UMK vom Juni 2010 wichtig, das Positionspapier an die für die Weiterentwicklung der europäischen Strukturfonds und der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zuständigen Ministerkonferenzen zu übermitteln, um bei der Fortentwicklung der Programme die boden- und altlastenrelevanten Aspekte des Klimaschutzes zu berücksichtigen. Im Vordergrund stehen die Fonds EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) und ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Ent-

wicklung des ländlichen Raumes). Ziel soll es sein, mit diesen Fonds auch bodenbezogene Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen mit zu finanzieren.

Bewertungsanforderungen zum Wirkungspfad Boden-Grundwasser

Im Zusammenhang mit der Verankerung der Geringfügigkeitsschwellenwerte im Wasserrecht befasste sich die LABO mit den damit verbundenen Fragen zu Auswirkungen auf die Regelungen zur Gefährdungsabschätzung nach dem BBodSchG sowie grundsätzliche Fragen zur Problematik der Schnittstelle Boden-Grundwasser. Im Zusammenhang mit der Verankerung der Geringfügigkeitsschwellenwerte in der Grundwasserverordnung stellt sich die Frage der Harmonisierung mit den Sickerwasser-Prüfwerten der BBodSchV. Die LABO sieht die Notwendigkeit, die Prüfwerte für den Pfad Boden-Grundwasser so zu gestalten, dass Altlastenverdachtsfälle, die keine Maßnahmen erfordern, möglichst schnell und ohne großen Aufwand bereits in der orientierenden Untersuchung ausgefiltert werden können. Daher entwickelte der Altlastenausschuss (ALA) der LABO in Abstimmung mit dem Ausschuss Grundwasser der LAWA eine geeignete und fachlich begründete Anwendungsregel, die Prozesse im Übergang zum Grundwasser berücksichtigt. Diese Anwendungsregel wurde auf der 37. LABO-Sitzung in Gelsenkirchen verabschiedet. Ziel soll es sein, dass die darin formulierten Erkenntnisse im Rahmen der Rechtsetzung des Bundes berücksichtigt werden bzw. die Rechtsgrundlagen für deren Anwendung im Vollzug geschaffen werden.

Natürliche Schadstoffminderung

Das LABO-Positionspapier „Berücksichtigung der natürlichen Schadstoffminderung bei der Altlastenbearbeitung“ wurde um einen Anhang mit methodischen Hinweisen zur Prüfung der Voraussetzungen für die Durchführung des Monitorings von natürlichen Abbauprozessen (MNA) erweitert.

Bodenbelastungen im Umkreis von Hochspannungsmasten und Stahlbrücken

Um bei der Untersuchung und den Anforderungen bundesweit möglichst einheitlich und sachgerecht vorgehen zu können, hatte die LABO bereits 2009 gemeinsame „Empfehlungen für Bodenuntersuchungen im Umfeld von Strommasten“ verabschiedet. Zur Klärung von Bleibelastungen im Umfeld von Stahlbrücken wurde in mehreren Bundesländern 2010 eine erste Bestandsaufnahme durchgeführt. Die Aktivitäten konzentrierten sich insbesondere darauf, Untersuchungen und Maßnahmen auf besonders relevante Standorte mit hohen Bleianreicherungen und sensiblen Nutzungen zu fokussieren. Auf Vorschlag der LABO hat das DIN einen Ausschuss für die Erarbeitung einer Norm zur Vorsorge vor zukünftigen Schadstoffeinträgen in den Boden eingerichtet.

Überarbeitung des Fachmoduls Boden und Altlasten

Fachleute der LABO überarbeiten zurzeit in einem ad-hoc-Unterausschuss das Fachmodul „Boden und Altlasten“, in dem bereichsspezifische Anforderungen an die Kompetenz von Untersuchungsstellen im Bereich Boden und Altlasten für die Zulassung nach § 18 BBodSchG festgelegt werden. Der Bedarf ergibt sich aus der Aktualisierung von Untersuchungsverfahren durch die Fortschreibung von Normen sowie

LABO **Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz**

Jahresbericht 2010

aus der Aufnahme neuer Untersuchungsparameter. Die Bedeutung von bundeseinheitlichen Vorgaben und Anforderungen für die Zulassung von Untersuchungsstellen unterstreicht die Notwendigkeit einer Überarbeitung des Fachmoduls. Änderungen ergeben sich auch aus Anforderungen der europäischen Dienstleistungsrichtlinie.

Veröffentlichung von LABO-Schriften

Die folgenden Berichte wurden im Jahr 2010 fertig gestellt und veröffentlicht:

- UMK-Bericht "Reduzierung der Flächeninanspruchnahme"
- Positionspapier "Klimawandel - Betroffenheit und Handlungsfelder des Bodenschutzes"
- Positionspapier "Berücksichtigung der natürlichen Schadstoffminderung bei der Altlastenbearbeitung"

Die Berichte wurden nach Verabschiedung durch die LABO von der UMK zur Veröffentlichung freigegeben und zeitnah auf die LABO-Homepage eingestellt, die in der Vorsitzzeit Nordrhein-Westfalens umgestaltet wurde. Gegenstand der Überarbeitung der Homepage waren die Optimierung des öffentlichen Bereichs und die Zusammenführung und Angleichung der internen Bereiche des LABO-Leitungsgremiums mit den internen Bereichen der ständigen Ausschüsse.

Länderfinanzierungsprogramm

Das Länderfinanzierungsprogramm (LFP) dient der Vereinheitlichung des wasser-, boden- und abfallrechtlichen Vollzuges in den Bundesländern. Nach der Ländervereinbarung über die Durchführung des Länderfinanzierungsprogramms werden die Mittel durch Beiträge der einzelnen Bundesländer, aufgeschlüsselt nach dem „Königsteiner Schlüssel“ jährlich bereitgestellt. Geschäftsführendes Land für die Durchführung des Länderfinanzierungsprogramms ist seit 2001 Mecklenburg-Vorpommern.

Zur Finanzierung von Vorhaben in 2010 standen den Länderarbeitsgemeinschaften insgesamt 1.386.263,50 € zur Verfügung; davon 80% für Vorhaben der LAWA, 13,5% für die der LABO und 6,5% für die der LAGA. Darin enthalten sind die Länderbeiträge für 2010 sowie Reste der Vorjahre abzüglich der Programmvollzugskosten.

Für das Programmjahr 2010 wurden von der LABO 6 Vorhaben mit einem Finanzvolumen von 214.345 € angemeldet. 4 dieser Projekte wurden gemäß der Priorisierung, die in der Herbstvolversammlung 2009 durch die Länder durchgeführt wurde, bewilligt bzw. vertraglich gebunden. Die Vergabe eines Vorhabens erfolgt im Januar und ein weiteres Vorhaben wurde nach 2011 verschoben.